

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Farnspracher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einschulnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorkosten. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Rückansicht 25 Goldpfennige. Bei langfristigen Aufträgen werden besondere Abmachungen getroffen. - Für telegraphische Adressen übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 196.

Allensteig, Dienstag den 18. Dezember.

Jahrgang 1923

An unsere geehrten Leser

richten wie die höfliche Bitte, unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat Januar möglichst bald zu bestellen, damit beim Jahreswechsel keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Der Weg zur Goldmark.

Der Reichswährungskommissar Dr. Schacht hat in Hamburg bei der hanseatischen Wirtschaft gesprochen. Der jetzt im Gange befindliche Abbau sieht der Reichswährungskommissar noch nicht für genügend an. Dr. Schacht hält vor allem einen Abbau am Aufgabenkreise des Staates für notwendig. Wenn unser heutiger ge- und zerfallener Staat noch sozialpolitische Aufgaben erfüllen soll, wie er sie in der Nachkriegszeit vor 1914 auf seine starken Schultern nehmen konnte, dann muß er völlig zusammenbrechen, dann ist ein Ausgleich des Budgets nicht möglich. Wir dürfen dem Staat, wenn er wieder emporkommen soll, vorläufig nur ganz wenige Pflichten auferlegen, vor allem die gegenwärtig wichtigsten: Ordnung zu halten. Nach dieser Richtung denkt Dr. Schacht optimistisch; er sieht zwischen den Extremen von rechts und links einen Prozeß der geistigen und moralischen Gesundung im deutschen Volke vor sich gehen und glaubt an die Kraft unseres Staates, den Bürger zu schützen. Auf dem Wege zur Goldmark ist dieses Moment der Beruhigung als Ausgangspunkt unerlässlich. In Ende gehen aber können wir den Weg nicht ohne äußerste Opferbereitschaft. Der Reichswährungskommissar ist in Hamburg besonders der „verrückten Tendenz der Substanzhaltung“ mit Deutlichkeit zu Leibe gegangen; auch der Hartdörigkeit mußte begreifen: gerade diese Barock ist der Tod der Wirtschaft; aber der sogenannten Substanzhaltung geht die Produktion zugrunde. Substanz, die nicht arbeitet, ist keine Substanz mehr. Was in ihr mit einer Maschine, die nicht läuft? Ihr Wert ist gleich Null. Hatten wir denn etwa 1870 eine Substanz? Wir dürfen uns nicht dagegen sträuben, ärmer als vordem zu sein, und müssen die Substanz nutzbar für das große machen, herausheben aus ihr, was nur möglich ist.

Die Rentenmark ist ein innerwirtschaftliches Zahlungsmittel. Dr. Schacht bezeichnet ihren Grundgedanken als ganz vortrefflich, er charakterisiert die Rentenmark als ideale Goldmark, wertbeständig insofern, als sie sich jederzeit auf eine goldwertige Hypothek zurückziehen kann. Man hätte sie keinesfalls zu einem täglich schwankenden Kurse in den Verkehr geben können; deshalb mußte die Papiermark zunächst stabilisiert werden. Das konnte mit Sicherheit erst dann geschehen, als die Reichsbank die Annahme oder Aufschrift von Notgeld verweigerte. Weil die furchtbare Rolle das Notgeld in der Ruhrpolitik gespielt hat, wie einzelne sich durch dieses Mittel auf Kosten der Allgemeinheit bereichert haben, während die Finanzen des Reichs in den Abgrund stürzten, ist man sich in Hamburg dank der Aufklärung durch den Reichswährungskommissar ganz bewußt geworden. Da die Reichsbank im Rheinland Notgeld auf Papiermark-Konto aufschrieb, konnte sie ihren Papiergeld-Umlauf garnicht überblicken; durch Duzende von Nachbarmitteln wurde die Inflation lawinenartige weiter getrieben. Nun man nicht mehr durch Notgeld über die Papiermark sich Duzenden verschaffen kann, können Gesellen, Waren und Duzenden von selbst aus Tageslicht, die Mark hat sich beruhigt, und die Rentenmark konnte in den Verkehr geteilt werden. Aber der Wiedereintritt in den Weltverkehr ist damit noch nicht erreicht.

Der Weg zur Goldmark, zur Reichsgoldmark, scheint über die lokalen Teillösungen führen zu sollen. Bei aller Eifer, ihnen entgegenzuarbeiten zu wollen, begrüßt der Reichswährungskommissar sie vielmehr, — unter bestimmten Voraussetzungen. Wie in Hamburg, so muß es nach seiner Überzeugung auch an anderen Orten gelingen, einen Teil des deutschen Volksgeldes zu mobilisieren. Diese Teillösungen dürfen nur nicht den Weg zur zentralen Lösung verbaun. Dann wird sich, wenn die Stunde da ist, ihre Zusammenlegung unschwer ermöglichen lassen. Ziel muß das zentrale Goldbankinstitut bleiben, das vorwiegend dem internationalen Verkehr dienen wird. Es von heute auf morgen ins Leben zu rufen, haben wir

keine genügende Menge Goldes. Die Mobilisierung d. d. Auslandes ist zu seiner Frondierung unerlässlich. Es gilt, sowohl aus deutschem Besitz heraus die verstreuten Devisen zu mobilisieren, wie auch ausländisches Kapital zu gewinnen.

Marx und Stresemann über die Lage.

Berlin, 17. Dez. Der Verein Berliner Preise veranstaltete in der Wandelhalle des Reichstages einen ersten Gesellschaftsabend. Mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten von Preußen waren die Spitzen der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden erschienen, und Kunst und Wissenschaft, Handel, Finanz und Industrie hatten ihre vornehmsten Vertreter entsandt.

In den Begrüßungsworten, welche Reichskanzler Dr. Marx an die Anwesenden richtete, hob er hervor, daß das Jahr 1923 wohl nicht mit goldenen Letzern in die Geschichte des deutschen Volkes eingetragen werden würde. Denn mit der Befreiung des Ruhrgebietes habe man uns die Pulsadern unterbanden und getrennt von dem Herzen, das das wirtschaftliche und finanzielle Blut durch die Adern unseres Vaterlandes jagt. Eine unumkehrbare Kette von Jammer, Not und Elend sei damit verbunden gewesen, aber auch Taten vollbracht worden von der betroffenen Bevölkerung. Sie erhoben sich über alles Joch, die man erst in künftiger Zeit richtig einschätzen wird. Die Regierung sei entschlossen, alles daran zu setzen, das deutsche Volk aus der tiefen wirtschaftlichen Not wieder herauszubringen. Sie sei entschlossen, ihre Pflicht bis zum Aufgeben zu tun. Jetzt gälte es, unsere deutsche Charakterfestigkeit, unsere Treue zum Vaterland und Volk zu zeigen, nicht in begeisterten Worten, sondern so recht unserer deutschen Natur entsprechend in stiller Opferfreudigkeit und hoffnungsvoller Zuversicht tragen die Wägen, die uns bevorstehen. Wir wollen opfern und arbeiten für unser Volk, für Reich und Vaterland!

Dann sprach Stresemann als Minister des Auswärtigen. Die Veröffentlichung der zweiten Serie der amtlichen deutschen Akten steht bevor. Sie soll einzig und allein der Wahrheit über die Kriegssachen dienen und der übrigen Welt ein Beispiel sein und sie überzeugen, daß wir die moralischen Ehrenrechte trotz alledem nicht verloren und uns der Vergangenheit trotz aller Fehler, die vorgekommen sind, nicht zu schämen haben, indem sie lehrt, daß ein Mann wie Bismarck trotz der Nachmittage, die ihm zu Gebote standen, nur das Ziel verfolgt hat, Europa die Grundlagen der friedlichen Erneuerung zu sichern. Wie anders jetzt, wo Deutschland mit aller Macht der Friede vorenthalten wird, deutsches Land vertrieben wird, Deutsche in Gefängnissen gehalten werden, deutsche Bahnen in fremder Gewalt sind und die öffentliche Meinung beispiellos unterdrückt wird! Die Folge ist eine wirtschaftliche und finanzielle Not sondergleichen. Und hat nicht die damalige Regierung alles getan, um zu Verhandlungen über eine Verständigung zu kommen? Die Antwort war der Ruhrmarsch. Auf ihre Verständigungsversuche warten wir heute noch auf Antwort. Der Abbruch des Ruhrkampfes wenigstens hätte zum Abbruch von Verhandlungen werden sollen. Aber was erleben wir jetzt? Daß uns gesagt wird, der passive Widerstand sei nicht abgehandelt, solange die Militärkontrolle nicht wieder eingeführt sei! Diese Kontrolle, die nach der völligen Abweisung in dem Friedensvertrag keine Begründung mehr findet, deren Erneuerung aber nach den vielen Demütigungen der letzten Jahre für die ausländischen Verjagten mit einer Gefahr für ihre Sicherheit verbunden sein würde, die wir nicht übernehmen können! Heute sollen drei Sachverständigenkommissionen eingesetzt werden. Wie soll aber eine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit möglich sein, wenn nicht vorher die Devisen an Rhein und Ruhr gestellt und anerkannt wird, daß das Land unser und unser die Verwaltung. Man will der Kapitalflucht nachsehen. Nichts würden wir mehr erwarten als wenn es gelänge, die Glenden zu heben, die Deutschlands Not zu ihrem eigenen Nutzen auszunutzen. Aber das beste Mittel, die eigenen und die fremden Kapitalien nach Deutschland zu ziehen, ist die Sicherheit für Frieden und Ruhe und eine Entwidlung Deutschlands durch eine vernünftige Außenpolitik, zu der man es aber nicht kommen läßt. Man ist unangenehm überrascht über das Wachsen der erismen Erscheinungen

rechts und links, die doch gerade erst durch die Not und Bedrückung großgezogen worden sind. Sie haben uns zum Kranken Gliede an dem europäischen Volkstörper gemacht und gezwungen, die charitative Hilfe der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen. Die geistige Waise der Welt ist die einzige, die uns im Kampf um die Wahrheit geblieben ist. Wenden wir sie an, so besteht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft!

Die Ernährungsfrage.

Berlin, 17. Dez. In einer Unterredung über die deutsche Ernährungsfrage mit dem Berliner Vertreter der Heerespresse, Karl von Wiegand, beonte der Reichsernährungsminister Graf Kanitz zunächst, daß auch in der Vorkriegszeit eine beträchtliche Einfuhr Nahrungsmittel habe. Die gegenwärtigen Einfuhrschwierigkeiten seien mit der rückläufigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Finanzen in der Nachkriegszeit, vor allem seit der schweren Schädigung durch den Ruhrstreik und die rigorosen Maßnahmen der französischen Regierung eingetreten. Die Getreidepreise liegen jetzt sogar zum Teil unter der Höhe der Vorkriegszeit. Das Getreide, die deutsche Landwirtschaft hielte mit ihren Produkten zurecht und nähme Wucherpreise, muß als eine böswillige Erfindung bezeichnet werden. Die Kartoffeln wurden im Herbst durchweg zu Preisen abgegeben, die meistens weit hinter den Vorkriegspreisen zurückblieben. Schwierigkeiten machte lediglich die Form der Bezahlung, da nicht genügend wertbeständige Zahlungsmittel vorhanden waren. Dieser Zustand ist nun, wie wir hoffen dürfen, mit der Einführung der Rentenmark überwunden. Aber all das hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß die Landwirtschaft nicht genügend Ware hat, die deutsche Ernährung sicherzustellen, vor allem nicht genügend Getreide und Fett. Der Fiskus, der notwendig sein wird, ist wie in den Vorjahren etwa auf 1 1/2 Millionen Tonnen zu errechnen. Die Zufuhr von Fett ist ebenso dringlich. Die letzte Viehzählung vom 1. Dezember 1922 ergab einen Schweinebestand von 14,6 Millionen Stück gegen 22,5 Millionen Stück im Jahr 1913, also einen Rückgang von einem Drittel. Dazu tritt noch der Rückgang an Durchschnittsgewicht. Bei Mähdern betrug die zahlenmäßige Abnahme fast 2 Millionen Stück. Das Durchschnittsgewicht der Rinder ging von 250 Kilogramm im Jahr 1913 auf 213 Kilogramm 1922 zurück. Die Krut an Fett und Fleisch und die Unmöglichkeit, mit den eigenen Erzeugnissen selbst auszukommen, ist gegenwärtig viel größer als vor dem Kriege. Die Einfuhr dieser Fehlmengen ist ein unbedingt Gebot. Sie ist aber nur möglich, bei der Gewährung von Krediten.

Deutsche Note wegen Lebensmittelkredit.

Berlin, 17. Dez. Die vom Vorsitzenden der Reparationskommission, Staatssekretär Fischer, an die Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung besagt:

Deutschland hat nach dem Ergebnis der letzten Getreideernte und nach den Erfahrungen der letzten Jahre der Brotgetreideeinfuhr einen Bedarf von noch etwa 1 1/2 Millionen Tonnen bis August 1924. Deutschland ist für den Ankauf dieses Getreides auf die Ausnahme von Auslandskrediten angewiesen. Ferner hat Deutschland nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu seiner Zeitversorgung einen laufenden Bedarf aus dem Ausland notwendig, der monatlich 10.000 Tonnen beträgt. Die Einfuhr dieser Getreidemengen ist für den dringenden Lebensbedarf der deutschen Bevölkerung unerlässlich und ohne Auslandskredit gefährdet. Bei den Kreditverhandlungen, die aus den dargelegten Gründen eingeleitet wurden, hat sich ergeben, daß ausländische Banken zu einer Kreditgewährung in Höhe von 50 bis 70 Millionen Dollars bereit sind, daß sie den Kredit aber nur unter der Voraussetzung geben wollen, daß diesem Kredit die Priorität vor den Reparationsverpflichtungen Deutschlands eingeräumt wird. Die deutsche Regierung beehrt sich daher die Reparationskommission zu bitten, eine grundsätzliche Erklärung in der Richtung abzugeben, daß für einen zum Ankauf von Brotgetreide und Fett bestimmten dreijährigen Kredit in Höhe bis 70 Millionen Dollars gemäß Art. 261 des Vertrages der Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen eingeräumt wird. Die Reparationskommission hat nunmehr erneut die Möglichkeit, zu zeigen, daß sie dem deutschen Volke die notwendigen Existenzbedingungen gewährt und damit die Voraussetzungen zur Wiederherstellung seiner Reparationsfähigkeit schaffen will.

Neues vom Tage.

Der Stand der Besprechungen mit Frankreich und Belgien.

Berlin, 17. Dez. Ueber den Stand der neuen deutsch-französischen und deutsch-belgischen Besprechungen wird mitgeteilt: Wenn sich die französische Regierung vorbehaltlos über alle Fragen, die ihre Alliierten interessieren, zunächst mit dieser Fühlung zu nehmen, so entspricht das ganz den Ansichten der deutschen Regierung und dem Zweck, den sie mit ihrer neuen Demarche verfolgt hat. Die deutsche Regierung ist nicht nur an die französische und belgische Regierung herantretend, sondern hat von dem in Paris und Brüssel gestellten Antrag gleichzeitig die Regierungen in London und Rom benachrichtigt. Sie hat niemals Zweifel darüber gelassen, und hat auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Vordergrund gestellt, daß nach ihrer Ansicht die eigentliche Lösung des ganzen Komplex der jetzt schwebenden Fragen nur einheitlich und unter Beteiligung aller interessierten Mächte gefunden werden kann. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß neben der Einleitung des Bedenkensaustausches über die endgültige Lösung der Reparationsfrage und der Rhein- und Ruhrfrage eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten erfolgen muß. Der französische Ministerpräsident hat sich nach der Havas-Nachricht erklärt, über einen Modus vivendi, auf dessen Herstellung es der deutschen Regierung jetzt im Interesse der besetzten Gebiete zunächst ankommt, mit offiziellen Vertretern der deutschen Regierung zu verhandeln. Obwohl es sich bei diesen Verhandlungen nur um die Herstellung eines bis zur endgültigen Regelung geltenden Provisoriums handeln kann, würde die deutsche Regierung darin doch einen wesentlichen Fortschritt in der Entwirrung der gegenwärtigen Situation sehen. Was die Bemerkung von Bonn betrifft, daß die Haltung Deutschlands in Sachen der Militärkontrolle einen Mangel an Loyalität in der Erfüllung des Vertrags von Versailles aufweist, so ist dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt. Deutschland hat sich gegen die Kontrolle als solche niemals gewehrt, obwohl tatsächlich ein materieller Anlaß für ihre Fortsetzung nicht mehr besteht. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes hat Deutschland auch zwischen französischen Kontrolloffizieren und anderen Mitgliedern der Kontrollkommission nicht mehr grundsätzlich unterschieden. Gerade aber, weil damit auch mit einer Wiederbeteiligung französischer Offiziere an den Kontrollverhandlungen zu rechnen ist, muß mit Rücksicht auf die stimmungsmäßigen Ergebnisse der Ruhrbesetzung vor einer Wiederaufnahme der Kontrolle zurzeit dringlich gewarnt werden.

Am die belgische Antwort.

Brüssel, 17. Dez. Der deutsche Geschäftsträger hat dem Außenminister Jastor gestern früh die schriftliche Erklärung überreicht. Heute nachmittag findet ein Kabinettsrat statt, der die Erklärung des deutschen Geschäftsträgers einer Prüfung unterziehen wird. Als Grundlage für die belgische Antwort an Deutschland wird der in Brüssel eingetroffene Antwortentwurf Boinecares dienen.

Amerikas Sachverständige.

Paris, 17. Dez. Sämtliche Delegierte der in der Reparationskommission vertretenen Mächte teilten einzeln dem amerikanischen Beobachter Logan mit, daß sie in einer Plenarsitzung General Dawes und Edwin Young aufzufordern beabsichtigen, als amerikanische Sachverständige an den Ausschussarbeiten über den Ausgleich des deutschen Budgets und die Stabilisierung der deutschen Währung teilzunehmen.

Die separatistische Gewalttätigkeit in Ludwigshafen. Ludwigshafen, 17. Dez. Der Stadtrat von Ludwigshafen, der seit Samstag früh wegen der Verhaftung der beiden Bürgermeister ununterbrochen tagt, wurde am Sonntag nachmittags von einem separatistischen Sturztropp gesprengt. Hierbei wurden die beiden Stadträte Weibert und Fischer verhaftet und nach Speyer geschleppt. Die beiden Bürgermeister sind bekanntlich auch verschleppt worden, weil sie die Treuepflicht für die Separatisten ablehnten.

Aus Stadt und Land.

Altenteig, 18. Dezember 1923.

Wahl- und Neujahrsvorkehr. Postkalkulation. Am Sonntag, den 23. Dezember wird der Posthalter von 11 bis 12.30 mittags festgehalten; annehmungsweise werden an diesem Tage auch nachdringende Pakete angenommen. Am 24. Dezember wird der Posthalter um 4 Uhr nachm. geschlossen. Zuckerdienst. Am Sonntag, den 23. Dez., und am Christfest den 25. Dez., findet eine Paketzustellung statt. Am 30. Dezember und am 1. Januar wird nur eine Paketzustellung ausgesetzt. Postschaffendienst. Die Zahlstelle des Postschaffendienstes in Eintracht schließt am 24. Dez. um 12 Uhr mittags. Fernsprechermittlungsdienst. Eine Einschränkung tritt nicht ein.

P. B. Gemeinderatsitzung vom 12. Dezember. Anwesend der Vorsitzende und 11 Gemeinderäte. Aus der Mitte des Kollegiums wird um Auskunft gebeten über die Veranlagungsart bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, mit der Begründung, daß bei oft gleichartigen Gewerbetrieben auffallende Unterschiede in der Steuerhöhe vorliegen. Der Vorsitzende erwidert, daß die Veranlagung zu dieser Steuer durch das Finanzamt auf Grund der Schätz-Ergebnisse im Jahre 1921 vorgenommen wurde und daß die Ertragshöhe lediglich die Berechnung und den Einzug derselben auszuführen habe. — Einlangt Ratgebäude

Stammholzverkauf konnte umfaßbarer nicht zum Vollzug kommen. Es soll versucht werden, den Stammholzfällen unter der Hand abzugeben. Ein Brennholz- und Stockholzförderung aus Stadtwald Hahnenwald findet Genehmigung. — Auf das zum Abbruch bestimmte Hermann'sche Haus beim Rothaus wurde ein Höchstgebot von 500 Goldmark abgegeben, dieser Verkauf wird genehmigt mit der Auflage, daß durch den Käufer Maurermeister Matke hier die Abbrucharbeiten bis 15. Februar auszuführen sein müssen. Zum Beschluß erhoben wird die Einführung der Goldmarkrechnung bei sämtlichen Verkäufen, sowie beim Ankauf der verschiedenen Gebäuden und Abgaben zur Stadtkasse. — Die Strompreise des hiesigen Elektrizitätswerkes sind in Neuregelung, solche werden für den Monat November auf 8 Pfg. für Kraft und 10 Pfennig für Licht, für den Monat Dezember auf 15 Pfg. für Kraft und 20 Pfg. für Licht die KW. festgesetzt. Für die durch Geschäftsbekämpfung bei der Stadtpflege noch nicht zum Einzug gekommenen Stromgelder für die Monate September und Oktober kommt eine entsprechende Aufwertung in Betracht. — Für die Wohnungen im neuen Rathaus und in den Erdlungsplätzen an der oberen Talstraße kommen die Mietspreise zum Anschlag. — Ein Besuch des Bild. Ozele um Fumelung von Stammholz zum Bau eines Wohnhauses kann aus Gründen der Konjunktur keine Berücksichtigung finden, dem Gesuchsteller wird andern gegeben, seinen Bedarf bei den städtischen Holzverkäufen zu decken.

* Weihnachtstheater. Am letzten Sonntag Abend veranstaltete der hiesige Jungfrauenverein seine Weihnachtstheater im Brauereisaal des Gemeindehauses, der nicht gefüllt war. Außer einer Ansprache von Frau Stadtrat Auer und Gesangs- und Gedichtvorträgen wurden die Weihnachtstheater im Wandel der Zeiten, von der Reformationzeit bis heute in einer gelungenen Aufführung dargestellt. Eine weitere, für die Jungfrauen lehrreiche Aufführung folgte und der Schluß bildete eine Ansprache von Malermeister Rieck an die Jungfrauen.

* Die Preise der deutschen Zeitungen. Immer wieder lesen sich aus dem Besitze der Zeitungen Stimmen vernahmen, daß die gegenwärtigen Bezugspreise weit die Friedenspreise übersteigen, ja, daß sie sogar als Wucherpreise bezeichnet werden müssen. Diesen Kritikern gegenüber muß einmal ruhig und sachlich erwidert werden, daß die Zeitungen nicht wie andere gewerbliche Unternehmungen aus ihnen zufließenden Auslandskursen Spekulationsgewinne erzielen können, sondern aus dem aus dem Inland eingegangenen Ertrag ihrer Einnahmen ihr Leben führen müssen. Ganz richtig bemerken zu den Einwänden die „Dresdener Neuesten Nachrichten“:

„Alle Opfer der Zeitungen werden abgetragen dadurch, daß die Einnahmen der Zeitungen aus dem Anzeigenstell im Vergleich zur Volatilität auf ein Minimum zusammengeschrumpft sind. Vor dem Kriege hatten alle maßgebenden Zeitungen in Deutschland die Möglichkeit, aus den Anzeigen-einnahmen soviel für die Zeitung selbst und die Anzeigenschaft aufzuwenden, daß der Leser nicht einmal das Zeitungsblatt bezahlen, das er erhielt. Es konnten also aus den Einnahmen für Inserate die ganzen bei jeder größeren Zeitung heute enormen Kosten der Redaktion und des Nachrichtenendienstes, Farbe und alle Materialien, die Kosten der Secherei und der Druckerei und der Zustellung bestritten werden. Der minimale Restüberschuss aus den Anzeigen reicht aber heute nicht dazu aus, auch nur mehr als einen ganz geringen Bruchteil dieser Produktionskosten zu decken. Der Anzeigenteil ist, wie zu allen Zeiten, das getreue Spiegelbild der Wirtschaft überhaupt, insbesondere aber auch der Zeitungswirtschaft. Besser ist in Deutschland die Herstellungs- und Verbrauchsmöglichkeit, und damit Handel und Wandel, Verkehr und Wirtschaft überhaupt, dann wird sich das auch, wie überall anderwärts in dem Wirtschaftsspiegel des Anzeigenteils der Zeitungen kund tun. Dann würden die Zeitungen in die ihnen selbst, wie man sich denken kann, höchst erwünschte Lage kommen, ganz andere, den Lesern sehr willkommenen Bezugspreise wieder einzuführen. Solange dies aber nicht der Fall ist, liegt es klar, daß kein Bezugspreis, der früher durch sein Bezugsgeld nicht einmal den Preis des für die Zeitung verbrauchten Papiers bezahlte, heute ein solches Geschenk von der Zeitung verlangen kann, die zu dieser Leistung nicht im geringsten in der Lage ist. Rechnet man nun aber noch dazu, daß die Zeitungen wieder ihrerseits für alles, was die Zeitung braucht, weil über den Friedensstand hinaus erhöhte Preise in Goldmark und zum Teil für den Nachrichtendienst nicht nur in Goldmark, sondern in voller Auslandskursula tragen müssen, so ist dem Einseitigen das von manchem Leser getadelte Mäkel gelöst, nämlich so, daß in Wirklichkeit die Erhöhung der Friedenspreise bei den Zeitungen immer noch außerordentlich beschwerend im Verhältnis zu den tatsächlichen Leistungen, die der Leser dafür empfängt. Es muß hier einmal ausgesprochen werden, daß, wenn die deutschen Zeitungen immer in der bisher leider trügerischen Hoffnung auf eine Besserung tatsächlich noch nirgends die vollen Bezugspreise erhoben haben, die sich ohne Anrechnung eines Pfennigs Gewinn aus den tatsächlichen Aufwendungen ergeben, dies nur unter ungenutzten Opfern ermöglicht war und unter erheblicher Preisgabe des zusammenfassenden Papiermaterials, so daß alle Zeitungen in Deutschland seit geraumer Zeit monatlich mit ungeheuren Verlusten arbeiten.“

— Die Rentenmark im Postverkehr. Der Reichspostminister hat von der ihm erteilten Befugnis, bei der zur Durchführung kommenden Umstellung des Postverkehrs auf Rentenmark für die Umrechnung der auf den Konten vorhandenen Guthaben in Rentenmark eine Höchstgrenze festzusetzen, keinen Gebrauch gemacht. Die Guthaben werden also in voller Höhe in Rentenmark umgerechnet.

— Postaufträge und Nachnahmeseudungen in Rentenmark. Am inneren deutschen Verkehr sind nun

mehr neben Postaufträgen und Nachnahmeseudungen gegen Rentenmark auch solche gegen Rentenmark zugelassen. Postaufträge und Nachnahmen, deren Beträge durch Postaufweisung ausgezahlt werden sollen, können auf Rentenmark oder Papiermark lauten; Höchstbetrag 1000 Rentenmark oder ein entsprechender Betrag in Reichswährung (z. B. 1000 Millionen), abgerundet auf volle Milliardenbeträge. Der einzulosende Betrag ist also je nach der vom Absender gewählten Uebermittlungsart in Rentenmark oder Reichswährung auf der Postauftragkarte, Nachnahmeseudung, Paketkarte usw. und der zugehörigen Postaufweisung anzugeben. Postaufträge und Nachnahmen, deren Beträge einem Postkonten gutgebracht werden sollen, dürfen nur auf Rentenmark lauten; Höchstbetrag 1000 Rentenmark. Postaufträge und Nachnahmen gegen Rentenmark sind in Rentenmark oder einem anderen von der Postverwaltung zugelassenen wertbeständigen Zahlungsmittel einzulösen. Geht es das nicht, so ist der Postauftrag oder die Nachnahme als verweigert. Die Sendungen werden alsdann als unbestellbar behandelt.

— Weihnachtspaketverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Wie mitgeteilt wird, hat die Rheinlandkommission bis zum 27. Dezember den Weihnachtspaketverkehr von und nach dem unbesetzten Gebiet genehmigt. Die Pakete dürfen höchstens 5 Kilo schwer sein und müssen die Aufschrift „Weihnachtsgesandtschaft“ tragen.

— Reisen auf Abzahlung. Um weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, für später auszuführende Reisen das Fahrgehalt nach und nach anzusammeln oder eine solche Reise gewissermaßen auf Abschlag zu machen, führte die Reichsbahn am 17. Dezember 1923 wertbeständige Wertzeichen über 2 und fünf Goldmark ein. Diese werden an sämtlichen Fahrkarten- und Gepäckhaltern angenommen, ebenso z. B. auch bei Ferienonderzügen, Jugendfahrten und sonstigen Fahrten, für die Preisermäßigung besteht, ebenso bei der Lösung von Zeitkarten, Fahrscheineinheiten usw. und zwar auch im Verkehr mit Privatbahnen und dem Auslande. Die Wertzeichen werden in Form von Edmonsonischen Fahrkarten, die über 2 Goldmark lautenden in grüner, die über 5 Goldmark lautenden in gelber Farbe, mit nachstehendem Ausdruck ausgelegt: „Deutsche Reichsbahn, gültig vom 31. Dezember 1924. Diese Karte wird mit 2 Goldmark an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn beim Abfen von Fahrkarten und der Abfertigung von Gepäck in Zahlung genommen. Kein gefälliges Zahlungsmittel, keine Einlösung in bar.“ Die Einrichtung von Geldwertkarten an Stelle von z. B. Kilometer-Scheinen wurde gewählt, um auch die Benutzung bei Fahrkarten mit Preisermäßigung und bei der Gepäckabfertigung ohne weiteres zu ermöglichen.

— Verminderung der Zahl der Abgeordneten. Das Staatsministerium hat einen von der Kommission für Staatsvereinfachung und Beamtenabbau vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Verminderung der Zahl der Abgeordneten dem Landtag vorgelegt. Nach dem

Entwurf soll § 9 der Verfassung Württembergs und die entsprechende Bestimmung des Landtagswahlgesetzes dahin abgeändert werden, daß nicht schon auf 25 000 Landeseinwohner, sondern erst auf 35 000 ein Abgeordneter entfällt. Das bedeutet, wenn die letzte Volkszählung zu Grunde gelegt wird, eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten von 102 auf 72. Durch eine weitere Bestimmung soll verhindert werden, daß diese Kürzung der Gesamtzahl der Abgeordneten eine Verhäufung des Anteils der Landesabgeordneten (bei den Wahlen von 1920 ein Drittel der Gesamtzahl) gegenüber den Bezirksabgeordneten (1920 zwei Drittel) zur Folge hat. Es ist deshalb vorgeschlagen, dem Art. 22 des Landtagswahlgesetzes folgende Fassung zu geben: „Die zusammengehörigen Sitze werden zu einem Drittel der Landesvorschlagsliste, zu zwei Dritteln den an sie angeschlossenen Kreisvorschlagslisten zugeteilt. Kommt nur ein Sitz in Betracht oder ist die Zahl der zu verteilenden Sitze nicht durch drei teilbar, so fällt der Sitz oder fallen die überschüssenden Sitze der Kreisvorschlagsliste zu.“

— Umlage für die Gebäudebrandversicherung. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern ist für das Kalenderjahr 1924 die allgemeine Umlage auf die nach Friedenspreisen berechneten Versicherungssummen für die Gebäude der 3. Klasse auf 7,5 Goldpfennig für 100 Mark Brandversicherungsschlag festgesetzt worden.

Speilberg, 17. Dez. (Weihnachts- u. Elternabend.) Auf einen wohl beschriebenden Weihnachts- u. Elternabend kann die hiesige Schule zurückblicken. Neben Aufführungen der Kleinen fand auch eine Aufführung der Älteren Schüler statt, woran sich diese ebenfalls mit sichtlich Freude beteiligten. Neben zum Wohle unserer Schule noch viele solche Feste im Hause, laudab hat finden, sie schaffen eine wohl überall gewünschte Verbindung zwischen Lehrer und Elternhaus.

* Schönsperger, 17. Dez. (Schulischenwahl.) Nachdem die am 29. Sept. stattgefundene Wahl angefochten wurde, erfolgte am gestrigen Sonntag eine nochmalige Wahl aus der wiederum Herr Oberlehrer Ruy-Kiensteig als Sieger hervorging. Von 777 Wahlberechtigten haben 666 abgestimmt, wovon auf H. Ruy 384 Stimmen, auf seinen Gegner Herrn Verwalter Stinner 281 Stimmen entfielen, 1 Stimme war ungültig.

* Regold, 17. Dez. (Weihnachtskonzert.) Der Verein Siedler- und Sängerkreis hielt am Sonntag in der dicht besetzten Turnhalle sein Weihnachtskonzert ab, welchem als Leitungsbank, der deutsche Musikwanderer und sein Vaterland zu Grunde gelegt war und welches bewußt eine Reihe prächtiger Vaterlandslieder bot, die unter der Leitung von Hauptlehrer Grieb tadellos gesungen wurden und großen Beifall fanden.

* Pfalzgrafenweiler, 17. Dez. Die Korrektur der Straße von Pfalzgrafenweiler nach Regold ist schon längst ein dringendes Bedürfnis. Verhand-



lungen vor 4 Jahren blieben ohne Erfolg. Die Gemeindefürsorge von Wädlingen und Pflanzhofen haben sich aber die Verbesse rung ihrer Straße der genannten Straße gesollt und bezahlt Wädlingen 20 Prozent und Pflanzhofen 80 Prozent an den entstehenden Kosten. Die Arbeiten werden als Notstandsarbeiten in den nächsten Monaten zur Ausführung kommen.

Stuttgart, 17. Dez. (Strafammer.) Von der Strafkammer wurden zwei Tische, die zu den gefährlichen Kirschenrändern der letzten Jahre gehörten, der Magazinar Konrad Schneckenburgen und der Hilfsarbeiter Johannes Schmid, beide in Juffenhäuser wohnhaft, abgeurteilt. Aus Synagogen und zahlreichen Kirchen in Stuttgart, Ludwigsburg, Forthelm, Pöckel, Basel, Baden-Baden, Herrensberg, Würmlingen, Nandlingen (bei Donauwörth) Weidenhütten u. a. nahen sie Silbergeräth und andere Gegenstände von hohem Wert, die sie zum großen Teil an den wegen gewerksmäßiger Hehler angeklagten Goldschmied Heinrich Perter in Jenerbach abließen. Auch vor Gerichten machten die verurtheilten Gesellen nicht Halt. Auf dem Pragerhof erbrachen sie die Gruft der Familie Hallberger, konnten jedoch die erhofften Schatzkammern nicht finden. Schneckenburger wurde zu 10 Jahren, Schmid zu 8 und Perter zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Bauerntravall in Winnenden. Die Geschworenen verurtheilten das Vorliegen eines Aufschlags wie eines Landfriedensbruchs, sowie die Raubereigenschaft der Hauptangeklagten. Es wurden nur die Fragen nach Widerstand, Beamtentötung und gefährlicher Körperverletzung bezüglich der Hauptangeklagten mit Ja beantwortet; allen Schuldigen wurden mildernde Umstände zugestanden. Das Gericht erkannte auf Gefängnisstrafen: Gottfried Hegler jung 10 Monate, Alfred Häusermann 4 Monate, Friedrich Häusermann alt 2 Monate, Theodor Rath 7 Monate, Karl Steib 2 Monate, Ludwig Bömer 4 Monate. Der noch in Haft befindliche Hauptangeklagte Hegler jung wurde auf freien Fuß gesetzt.

Mün., 17. Dez. (Hungerstreik.) Nach der „Schwarzen Tagewacht“ sind die im Garnisonsarresthaus Ulm untergebrachten 60 Schutzhaftlinge von heute an in den Hungerstreik getreten, weil sie mit der Verpflegung unzufrieden sind. Der Hungerstreik soll solange fortgesetzt werden, bis der Militärbehörden sich auf die, den Schutzhaftgefangenen ihre Freiheit wieder zu geben. Die Zahl der Schutzhaftlinge im ganzen soll sich zurzeit in Württemberg auf rund 200 belaufen.

Zum Beamtenabbau in Württemberg.

Die gesetzliche Vertretung der sämtlichen württembergischen Staatsbeamten, der Gesamtbeamtenbeirat, hat am 7. d. M. in Sitzungssaal des Finanzministeriums eingehend zu dem ganzen Fragenumfang des Beamtenabbau-Stellung genommen und sich mit dem eingebrachten Ermächtigungsgesetz beschäftigt. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Der Gesamtbeamtenbeirat fordert, daß der Beamtenabbau nicht durch ein Ermächtigungsgesetz zur Erlassung der beabsichtigten Abgabenbestimmungen im Verordnungswege eingeleitet wird, sondern daß der gesamte Fragenumfang über die Form des Beamtenabbau in Württemberg im Wege der landesgesetzlichen Regelung erfolgt.

Der Gesamtbeamtenbeirat glaubt, daß die Frage des Beamtenabbau im Zusammenhang mit einer Vereinfachung der Staatsverwaltung ohne die Mitarbeit der Beamtenschaft nicht in befriedigender, den Staatsfinanzen wirksam aufschließender Weise gelöst werden kann.

Der Gesamtbeamtenbeirat beschließt daher:

1. Die Anträge der Ministerien an die Sporkommission sind im Benehmen mit den Einzelbeiräten zu fassen;

2. Die Beschlüsse der Einzelbeiräte sind diesen Anträgen anzuschließen;

3. Von der Sporkommission sind bei Beratung der Maßnahmen für die einzelnen Verwaltungen Vertreter der Einzelbeiräte beizuziehen und vor Festsetzung der Abgabenverordnung (Gesepentwurf) ist der Gesamtbeirat zu hören;

4. Die Beschlüsse der Einzelbeiräte und des Gesamtbeamtenbeirats sind mit der Verordnung (Gesepentwurf) dem Landtag vorzulegen.

Der Gesamtbeamtenbeirat geht davon aus, daß in gleichem Umfang, wie in der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung auch bei den Kirchen, solange sie vom Staat unterhalten werden, ein gleichzeitiger Abbau der Beamtenschaft und Stellen durchgeführt werden müsse.

Der Gesamtbeamtenbeirat verlangt, daß die Regierung mit allen Mitteln dahin wirkt, daß gleichzeitig mit der Beamtenschaft im Interesse der Erhaltung des Staates auch die anderen Teile des Volkes zu gleich schweren Opfern herangezogen werden. Insbesondere verlangt die Beamtenschaft, daß mit den denkbar schärfsten Mitteln auf einen sofortigen wirksamen Preisabbau hingewirkt wird.

Rundgebung der württ. Beamtenschaft.

Im Festsaal der Lieberhalle in Stuttgart fand am Sonntag eine stark besuchte Rundgebung des württ. Beamtenschaftsbundes gegen den Beamtenabbau statt. Nachdem der Vorsitzende, Rektor Reichert-Stuttgart, in seiner Begrüßungsansprache die öffentliche Erklärung der höheren Beamten, daß sie sich an der Rundgebung nicht beteiligen würden, mißbilligt hatte, sprach der Vorsitzende des Deutschen Beamtenschaftsbundes, Hugo L. Berlin, und der Bundesdirektor Dr. Waldmann-Berlin, nach ihm noch der Geschäftsführer des württ. Beamtenschaftsbundes, Dr. o. b.

h. a. g. Stuttgart, worauf eine Entschließung einstimmig angenommen wurde: Die württ. Beamtenschaft stellt fest, daß das Reich seinen auf Treu und Glauben beruhenden Verpflichtungen zu einer die Lebensmöglichkeiten gewährleistenden Befolgung der Beamten bei der letzten Steuerregelung nicht gerecht geworden ist. Die Beamtenschaft muß die Verantwortung für die aus den Hungerlöhnen sich ergebende Ausweitung der Regierung auf sich und fordert den Deutschen Beamtenschaftsbund sowie die Regierung auf, beim Reich mit allem Nachdruck auf sofortige Erhöhung der Bezüge hinzuwirken. Die Beamtenschaft ist bereit, sich aller im Interesse der Staatsverwaltung notwendigen Einschränkungen aufzuwerfen, wenn sie die Ueberzeugung haben darf, daß alle Bevölkerungssteuern ihren Kräften entsprechend herangezogen werden. Sie hat diese Ueberzeugung nicht, da auf dem Gebiet der Steuerpolitik seit langer Zeit trotz der dringenden Mahnungen ihrer Organisationen alles veräußert wurde. Die württ. Beamtenschaft hält eine Vereinfachung der Staatsverwaltung für notwendig, kann aber mit einer Personaleinschränkung nur insoweit einverstanden sein, als sich diese aus der Vereinfachung der Staatsverwaltung und der Einschränkung der Staatsaufgaben ergibt und als bei diesem Abbau Grundrechte der Beamten in keiner Weise verletzt werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Reise Dr. Luthers nach Süddeutschland. Reichsfinanzminister Dr. Luthers beabsichtigt nach Süddeutschland zu reisen, um mit den süddeutschen Ländern über die in der dritten Notverordnung enthaltene Frage der Neuverteilung der Lasten und Steuern zwischen Reich und Ländern zu verhandeln.

Der frühere sächsische König kündigt den Abfindungsvertrag. Die der „Sächsische Staatsdienst“ meldet, hat der Rechtsvertreter des früheren Königs von Sachsen, Justizrat Eibes (Dresden), im Auftrage des Königs Friedrich August den bereits mit dem sächsischen Staat vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags abgeschlossenen Vertrag über die Abfindung des Königshauses gekündigt.

Eine zehntägige Eisenbahnstunde verhaftet. Der Eisenbahncriminalpolizei in Frankfurt a. M. ist es gelungen, eine aus zehn Personen bestehende Diebesbande dingfest zu machen, die sich an schweren Eisenbahnüterberaubung bzw. Hehlererei beteiligten. Frühere Eisenbahnarbeiter sind die Haupttäter.

Verlängerte Amtsdauer der Saarregierung. Der Völkerrundrat hat sich am Samstag in geheimer Sitzung mit den Saarfragen beschäftigt. Er hat beschlossen, die Neuernennung der Regierungskommission für das Saargebiet bis zum März nächsten Jahres zu vertagen. Die Amtsdauer der derzeitigen Regierungskommission wurde bis 31. März 1924 verlängert.

Erdbeben in Columbia. Durch ein Erdbeben sind in Columbia viele Personen getödtet und eine große Anzahl verletzt worden. Die Stadt Cumbal an der Grenze Guadalupe ist zerstört worden. Aus den Trümmern wurden bereits 85 Tote geborgen. Die von Cumbal ausgehenden Straßen sind durch große Erdrutsche gesperrt. Die volle Ausdehnung des Erdbebens ist noch unbekannt.

Verbrannt. Bei Leipzig ist eine Feldscheune niedergebrannt. Dabei sind außer mächtigen Vorräten an Stroh und zahlreichen Ackergeräten auch mehrere Menschenleben dem Brande zum Opfer gefallen, andere durch Brandwunden erheblich verletzt worden, da die Scheune von arbeitsscheuen und wohnungslosen Elementen beiderlei Geschlechts als Obdach benützt wurde.

Wartes Allerlei.

Ein Elternmordprozess. Unter der furchtbaren Anklage, seine Eltern durch Gift beseitigt zu haben, stand der Landwirtssohn Johann Wendt von Hundsbühl vor dem Volksgericht in Regensburg. Nach dem Tode der Eltern konnten die Verthe nicht mit Bestimmtheit nachweisen, ob der Tod der beiden Menschen infolge der Vergiftung eingetreten ist. Alles sprach aber für die Schuld Wendts, der seine Eltern deshalb aus dem Wege räumte, weil sie ihn wegen einer von ihnen nicht gutgeheißenen Ehe zu enterben drohten. Wendt wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zweimalige Todesstrafe beantragt.

Bräute nach Maß. In Roesfoll (England) lebte vor 300 Jahren ein Schlossherr, der 1000 Pfund stiftete, deren Hälften zwischen der jüngsten und der ältesten, der größten und der kleinsten Braut, die während des Jahres in der der Schlossherrschafft gehörigen Ortschaft getraut wurde, verteilt werden sollten. Diese Sitte ist bisher beibehalten worden. Nach der Trauung wird in jenem Ort noch heute jede Braut von dem Prediger gemessen. Am Jahreschluss wird dann das Ergebnis bekannt gegeben, worauf die „Refordbräute“ ihren Vertrag erhalten.

Das Verbreitungsgebiet der Wölfe. Zurzeit trifft man den Wolf fast in allen Teilen Eurasiens, obwohl er sich aus den bewohnten Gegenden immer mehr ins Gebirge zurückzieht. In Spanien findet er sich auch auf ausgedehnten Ebenen; in Griechenland, Italien und Frankreich ist er ziemlich überall verbreitet, während er in der Schweiz selten geworden und aus Teufelsköpfen beinahe ganz verschwunden ist. Hier kommt er nur noch in Schpuren während des Winters durch Grenzpläne vor, die aus den polnischen Wäldern herüberwehen. Polen, Rußland, Schweden, Norwegen und Dänemark sind die Länder, die am schwersten unter der Wolfplage zu leiden haben. Wölfe findet man außerdem in ganz Nord- und Mittelasien, und ein nader Verwandter bewohnt Nordamerika von Mexiko und Florida bis zu den Gesteinen des Gimeerees. Nach den Mittheilungen einiger Reisender trifft man auch im Nordwesten Afrikas Wölfe. In Asien streifen sie bis Nepal. Auf Island und den Inseln des Mitteländischen Meeres war der Wolf niemals heimisch. In Großbritannien ist er seit Jahrhunderten ausgerottet.

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Zeitschrift vom Montag, 17. Dez. (Die Notierungen sind in Milliarden M. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5. Mittelkurs 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 192,518 G., 193,482 Br.
Christiania 626,43 G., 629,57 Br.
Kopenhagen 748,125 G., 751,875 Br.
Stockholm 1105,23 G., 1110,77 Br.
Wien 181,545 G., 182,455 Br.
London 18354 G., 18446 Br.
Paris 221445 G., 222555 Br.
Schweiz 730,17 G., 733,83 Br.
Spanien 548,625 G., 551,375 Br.
D.-Oesterreich 0,059450 G., 0,059749 Br.
Prag 125,685 G., 126,315 Br.
Buenos Aires 1346,625 G., 1353,875 Br.
Goldanleihe 4200. Dollarkurs 4200.

Wirtschaftszahlen vom Montag:

Verfügbares Geld:

2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 " = 1050 " "
0,42 " = 420 " "
0,21 " = 210 " "

Verfügbares Städtelgeld:

1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark
0,50 " = 500 " "
0,20 " = 200 " "

Goldfranken 1 Fr. = 1000 Ma.

Goldanleihepreis 1 M. = 610 Dollar.

Silberanleihepreis 1 Silbermark = 400 Ma. Pap.

Lebenshaltungsziffer (10. Dez.) 1260 Ma.-fach.

Stuttgarter Index (6. Dez.) 1193,6 Ma.-fach.

Lebensmittel (Großhandel, 11. Dez.) 1125 Ma.-fach.

Großhandelsindex (11. Dez.) 1274,5 Ma.-fach.

Einfuhrwarenindex (11. Dez.) 1557 Ma.-fach.

Inlandswarenindex (11. Dez.) 1218 Ma.-fach.

Industriestoffe (11. Dez.) 1554 Ma.-fach.

Mit Rückwirkung vom 10. Dezember ab sollen die Brennstoffpreise infolge der Herabsetzung der Kleinhandelszuschläge eine Ermäßigung erfahren. Die Zuschläge sollen bei den Kohlen mindestens 10, beim Holz mindestens 20 Prozent betragen. Ueber die Preise wird zurzeit noch verhandelt.

Starke Senkung der Viehpreise in Berlin. Durch das Eingreifen der Viehpolizei auf dem Zentralviehhof konnte durchgesetzt werden, daß lediglich die Geschiebungskosten unter Ausschaltung jeglichen Geldentwertungsrisikos gefordert werden dürften. Im einzelnen wurden pro Pfund Lebendgewicht bezahlt: für Schweine 40-65 Pfg., Schafe 15-45 Pfg., Kälber 25-80 Pfg. und Rinder 10-40 Pfg.

Stuttgarter Börse, 17. Dez. Die Börse zeigte zu Wochenbeginn eine sehr feste Tendenz. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Kurse ziemlich kräftig in die Höhe. Wir erwähnen nur Anilin (in Milliarden Proz.) 33000 (letzter Kurs 25500), Bamberger Maß 6500 (4000), Weller 1900 (1800), Zement Heidelberg 15000 (13000), Kommtag 2200 (2000), Germania 22500 (19500), Knopfabrik Schornberg 6100 (4750), Kraftwerk Altwürttemberg 14000 (12500), Redar-Tämme 3300 (2900), Selt. Badenheim 15000 (unb.), Stuttgarter Jüder 12000 (10500), Pflanzhof 15000 (unb.), Fest waren auch Bankaktien: Hypothekendarb. unv., Vereinsbank 3800 (3700), Spinnereien: Erlangen 15500 (11000), Kolb und Schalle 19000 (16000), Pflanzhof 25000 (unb.), Spinnerei Tübingen 45000 (35000), Brauereien: Ravensburg 3000 (2500), Wulle 8000 (6000), Maschinen- und Metallmarkt: Daimler 4900 (3900), Feinmechanik 45000 (37000), Danja Metall 4500 (3000), Jungbusch 11000 (8750), Eplinger Maschinen 10500 (9100), Weller 7500 (6500), Redarjulmer 8000 (6750). Dagegen blieb der Rohmittellaktienmarkt uneinheitlich: Kaiser 8500 (5900), Knorr 8250 (700), Leibbrand 3100 (3300), Junge 2800 (3100), Arumy 4500 (4300). - Nicht durchweg fest war der Fremdwährungsverkehr.

Amst. Berliner Produktennotierungen vom 17. Dez. (In Goldanleihe oder Rentenmark): Weizen, märk. 165-167, fest; Roggen, märk. 146-147, ostpreuß. 145 bis 146; Sommergerste, märk. 157-159, behauptet; Haber, märk. 126-130, westpreuß. 120-122; Weizenmehl 25-29, behauptet; Roggenmehl 24,5-26,5, behauptet; Weizenkleie 7,25-7,5, etwas fester; Voggelkleie 7-7,25, etwas fester; Raps 265-270, behauptet; Viktoriaerbsen 4-4,8; ff. Speiseerbsen 25-27; Bohnen 14-17; Waderbohnen 15-17; Wicken 18 bis 18,5; blaue Lupinen 15-20, gelbe 17-22; Seradella neu 13,5-20, Seradella 1920 11,25-11,75; Kartoffelflocken 17-18.

Landesproduktionsbörse Stuttgart, 17. Dez. Auf dem Getreidemarkt sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Stimmung ist als etwas fester anzusehen; infolge der bevorstehenden Feiertage war wenig Unternehmungslust vorhanden. Es notieren 100 Kilo gesunde trockene Ware ab württ. Stationen in Goldmark: Weizen 19,25-20,25, Sommergerste 16 bis 18,5, Roggen 16-17, Haber 13-14, Weizenmehl No. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 31,5-33, Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 23,5-30, Kleie 7 bis 7,5, Biefenheu 7-8, Kleieheu 9-10, Stroh (bräutig gepreßt) 4,5-6.

Mannheimer Produktenbörse, 17. Dez. Die Preise lauteten im allgemeinen etwas höher, doch ist das Geschäft infolge der bevorstehenden Feiertage recht still. Verlangt wurden für: Weizen 20,75-20,5, Roggen 17,5-18,5, Gerste 17-17,5, Haber 15,25-16 G.M. für die 100 Kilo Rohmehl Mannheim. Weizenkleie 6,5-7 G.M. Mehl hat ebenfalls ruhigen Markt. Die Mühlen verlangen für Weizenmehl No. 0 7,25 Dollargoldanleihe, zweites Hand 7-7,10 Dollargoldanleihe.



Letzte Nachrichten.

Zur Antwortnote Polkarets.

WTB. Berlin, 18. Dez. Zur Antwortnote Polkarets wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten entspricht in den wesentlichen Punkten der Haager Erklärung vom 16. Dezember, zu der gestern schon amtlich Stellung genommen wurde, insbesondere auch, was die Rechte aller beteiligten Länder betrifft. Von unterrichteter Seite wird uns dazu noch folgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung sieht den Kernpunkt der französischen Antwort darin, daß sich die französische Regierung, wenn auch unter Vorbehalt, jetzt grundsätzlich bereit erklärt, in einen Gedanken- und Willens- und Sachfrage abzutreten und insbesondere über eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in dem besetzten Gebieten zu verhandeln. Wenn dabei betont wird, daß die französische Regierung eine mittelbare oder unmittelbare Revision der Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Rhein- und Ruhrfrage ablehnen müsse, so darf zunächst darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Versailles für das Ruhrgebiet keinerlei Bestimmungen enthält. Was die vertraglichen Bestimmungen für das Rheinland anlangt, so ist von deutscher Seite keineswegs eine Änderung dieser Be-

stimmungen zur Diskussion gestellt worden. Das Ziel der deutschen Regierung besteht im Gegenteil darin, so schnell wie möglich den vertragmäßigen Zustand im Rheinland wiederherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zunächst notwendig, die Verhältnisse in dem besetzten Gebiet dadurch einträglicher zu gestalten, daß, wie in der Abgleichung des deutschen Geschäftsträgers vorgeschlagen, über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des Verkehrs mit dem unbesetzten Gebiet verhandelt wird. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Vorschläge zu diesen Punkten jetzt näher zu präzisieren. Sie hofft, daß die Verhandlungen alsdann fruchtbringend fortgesetzt werden können und zu einem Ergebnis führen, das zugleich auch für die endgültige Lösung der Rhein- und Ruhrfrage förderlich ist.

Belgische Antwortnote.

WTB. Brüssel, 18. Dez. Die dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel gestern Abend zugegangene Antwort der belgischen Regierung stimmt inhaltlich mit der französischen Antwortnote überein.

Deutscher Hilfsleistung.

WTB. Wien, 18. Dez. Die unter dem Personal der österreichischen Bundesbahnen einseitige Sammlung für die deutschen Eisenbahnen hat 236 Millionen Kronen ergeben.

Die vorläufig abgeschlossene Sammlung des Bundesheeres für die Deutschlandhilfe hat 287 Millionen Kronen erbracht.

Großener.

WTB. Magdeburg, 17. Dez. In der Badereformier-Lagerstätte, der größten Anlage dieser Art auf dem europäischen Festlande, beach heute früh um 1/3 Uhr ein Großfeuer aus. Durch die schnelle Ausbreitung der Flamme wurde der Bau B und der alte Bau der Fabrik vernichtet, sowie auch die Rüstlager von den Flammen ergriffen. Das Rüsthaus konnte gerettet werden.

Ein dynastische Reise in Griechenland bevorstehend.

WTB. London, 18. Dez. Eine gestern Nachmittag aus Athen abgeordnete Meldung besagt, es werde angenommen, daß eine dynastische Reise unmittelbar bevorstehe. Die Abreise des Königs Georg werde für möglich gehalten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Inserate haben besten Erfolg!

Stammholz-Verkauf.



Am Freitag, den 21. Dez. 1923, nachm. 3 Uhr kommen auf dem Rathaus zum Verkauf:

60 Stück Forsten mit 33,84 Fstn.
Die Abgabe ist günstig.

Gemeinderat.

Altensteig.

Von frisch eingetroffenen und noch erwarteten Colonialwaren-Sendungen empfehle:

Kristall-, Sand- und Würfelzucker, Backpulver, Vanillezucker und sonstige Gewürze, Weizengrieß, Haferflocken, Birnschnitz, Kunsthonig, Cocosfett, Schweine-Schmalz, Maccaroni, Hörnle, Eiernudeln, Erbsen, Linsen etc. etc.

zu billigen Preisen, ferner

Baumkerzen und
Christbaum-Schmuck.

Fritz Bühler jr.
C. B. Loh Ruff.

Weihnachts-Karten

empfehle ich in schöner Auswahl die
W. Rieker'sche Buchhandlung
Tel. 11. Altensteig. Tel. 11.

Stammholz-Verkauf.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlichen Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres H. Schwester und Schwägerin
Agnes Kirn
und für die Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Qualitätsstoff-Weihnachts-Angebot!

Baumwolltuch, ungebl., ungew. f. alle Wäschest. .. 0.85-0.99
Baumwolltuch, ungebl., do. stark wie Brett, doppbr. .. 1.40-1.70
Hemdflanell für Winter aus edelsten Garnen .. 0.80-1.30
Bettzeug harr. u. geblumt, beste Qual. doppbr. .. 1.70-1.98
Hemdantuch weiss, kräft. f. nur bess. Wäschest. .. 0.90-1.10
Stangenleinen stark u. fein f. Bettwäsche, doppbr. .. 1.65-1.95
Meine Garantie: Für Nichtgefall. zahle vollen Betrag zurück.
Ab 30 m liefern portofrei. Eigene Fabrikation bürgt für Qual.
Versand sofort. Helles Geschäft. Tausende Dankschreiben.
Webwarenversand Fritz Platzer, Weiden, Oberpfalz 83.

Einfamilienhaus

in sonniger Lage in Altensteig ober nächst
für Umgebung zu kaufen gesucht.
Angebote an die Geschäftsstelle dt. Bl.

Zu Weihnachts-Geschenken eignen sich

Visit- u. Glückwunschkarten

Diese fertigt rasch und preiswert die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig.



Wir bringen unser
gutsortiertes Lager in
erstklassigen
württembergisch-
und badischen
Naturweinen
in empfehlende Erinnerung.

Berg & Schmid
Nagold.

Gebrauchte, gut erhaltenen Zimmerofen

mit Kochlöchern verkauft oder
verkauft, wer? — sagt die
Geschäftsstelle dt. Bl.

Nagold.

Eingetroffen ist zu ermäßigten
Preisen
1 Wagon prima weißes

Rochsalz

(Siebels) prima rotes
Biehsalz (Siebels)

Berg & Schmid.

Abreisskalender

Familienkalender

empfehle die
W. Rieker'sche Buchhandlung
Altensteig.

Büchlein- papier und Blumenbraut

empfehle die
W. Rieker'sche
Buchhandlung
Altensteig.

Das gute Buch

vom Leben kommt es,
zu Leben führt es.

Aus Trübsal geleitet es zur Erhebung, aus
düstern Schatten in hellen Sonnenschein, aus
dem grauen Alltag zu schönen Feierstunden.

Zu den unergänzlichsten Werken eines Volkes
gehören die Werke der großen Dichter und
Erzähler. Aus dieser Schatztruhe haben wir eine
Reihe Bücher für Jung und Alt auf Lager, die
Sonntagsstunden der Seele sein wollen im ver-
grämten Alltagsraum. Und sie sind es bestimmt.
Wählen Sie deshalb zum Weihnachtsgeschenk ein
gutes Buch; es ist dies sicher kein Fehlgriff!

W. Rieker'sche Buchhdlg. Altensteig.

Für Weihnachten

empfehle ich

feine Taschenmesser

(Solinger und Handarbeit)

in reicher Auswahl, sowie

Bestecke, Löffel

Rasier-Messer, Rasier-Apparate

mit sämtlichen Zutaten

Küchen- u. Schlachtmesser

u. s. w.

Friedr. Roller, Messerschmied

Wohnung u. Geschäft Poststr. (Neubau)

Schneeren und Rasiermesser
werden jeden Tag geschliffen.

Taschenfahrpläne

finden zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung

